Morgen-Ausgabe. Nr. 485 Freitag, 15. Oktober 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.80 durch Postbezug RM. 3.90 einschl. 40,38 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.), bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Sonnabend Nichteinmischungsausschuß

Nach dem „Seitensprung Ryon" nun wieder London

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Oktober.

Nach Londoner Meldungen ist der Nichteinmischungsausschuß, und zwar der Neun-Mächte-Ausschuß, in dem die am Nichteinmischungsabkommen beteiligten Mächte vertreten sind, nunmehr auf Sonnabend, 10,30 Uhr vormittags, einberufen worden.

Es hat sich also die italienische Anschauung durchgesetzt. Das schwierige Problem der Spanienfrage ist nach dem Seitensprung von Ryon wieder dahin verwiesen, wohin es gehört, nämlich nach London vor den Nichteinmischungsausschuß. Anderseits hat sich Frankreich gegenüber der mäßigende Einfluß Englands durchgesetzt. Die Franzosen haben darauf verzichtet, dem Nichteinmischungsausschuß ein Ultimatum zu stellen. Allerdings dürfte schon in den Eröffnungsreden zum Ausdruck gebracht werden, daß Verschleppungsmanöver unbedingt vermieden werden müssen.

„Daily Expreß" glaubt, daß dem Nichteinmischungsausschuß der Plan vorgelegt wird, je eine Kommission in das nationale Spanien und in das rote Spanien zu entsenden, um die Zurückziehung der Freiwilligen zu überwachen. Für den Fall, daß es zu einer praktischen Lösung des Freiwilligenproblems komme, soll parallel hiermit die Frage der Anerkennung der beiden spanischen Parteien als Kriegführende erörtert werden. Ueber die Balearen werde zunächst nicht gesprochen werden.

Nach dem Hin und Her der letzten Zeit bedeutet diese Regelung zweifellos eine gewisse Entspannung. Freilich erinnert man sich, daß man im Nichteinmischungsausschuß eigentlich schon einmal so weit war, daß dann aber die Sabotage Moskaus weitere Verhandlungen unmöglich machte. Man wird also abzuwarten haben, ob England und Frankreich diesmal einer etwaigen sowjetrussischen Sabotage mit größerer Energie entgegentreten werden. Davon wird letzten Endes der Verlauf der Verhandlungen abhängen, und ehe hierüber keine Klarheit besteht, wird man auch mit Voraussagen und Urteilen sehr vorsichtig sein müssen.

England gegen Besetzung Minorkas

Rom, 14. Oktober.

Das „Giornale d'Italia" berichtet, die englische Regierung habe sich geweigert, der von gewissen Kreisen vorgeschlagenen französisch-englischen Besetzung von Minorka zuzustimmen. Die Absicht einer solchen Besetzung, schreibt das italienische Blatt, würde durchaus jener Politik der Achtung der Integrität Spaniens und der Unverletzlichkeit des politischen Status im Mittelmeer widersprechen, wozu sich Italien durch das Gentlemen's Agreement und den gleichzeitigen Schriftwechsel Ciano—Drummond, sowie durch seine offiziellen Erklärungen verpflichtet habe, und die für alle anderen Mächte heute und in Zukunft gleichfalls verbindlich seien.

Die „Fliegende Gauschule Berlin" schwer verunglückt

Die Bremsen des Omnibusses versagten – Zwei Tote, vier Schwerverletzte

Bühl (Baden), 14. Oktober.

Am Donnerstag stattete die „Fliegende Gauschule Berlin" auf ihrer Schulungsfahrt durch die Gaue Hessen-Nassau, Koblenz-Trier, Saarpfalz und Baden auch dem Kreise Bühl einen Besuch ab. Bei der Abfahrt der Omnibusse vom Bühler Höhengebiet ereignete sich auf der steilen und sehr kurvenreichen Straße zwischen Sand und Bühl, oberhalb des Kurhauses Schindelpeter, ein schwerer Unfall. Die Bremsen des ersten Omnibusses versagten und der Fahrer verlor nach 300 Meter rasender Fahrt die Herrschaft über seinen Wagen. Der Omnibus fuhr bei der scharfen Kurve beim Wiedenbach den Abhang in den Wald hinunter, blieb in den Bäumen hängen und wurde schwer beschädigt. Bei dem Unfall wurde der Parteigenosse Heinrich Jordan aus Berlin getötet, während der NSKK-Truppführer Heinrich Lange aus Berlin im Bühler Krankenhaus kurz nach der Einlieferung starb. Außerdem sind vier Schwerverletzte und acht Leichtverletzte zu verzeichnen, denen sofort am Unfallplatz ärztliche Hilfe zuteil wurde. Sie wurden dann mit Sanitätswagen in das Bühler Krankenhaus übergeführt.

Die Namen der Schwerverletzten sind: Karl Kattwinkel, Berlin-Steglitz; Kurt Meyer, Berlin-Tempelhof; Adolf Buschkötter, Heinersdorf; Ella Seger, Rohrdorf bei Horb.

Die der Leichtverletzten: Walter Fischer; Werner Bock, Spandau; Gustav Bublitz, Berlin-Steglitz; Martin Günther, Berlin; Werner Zieler, Wrangelshorst; Heinrich Gericke, Berlin-Wilmersdorf; Karl Kiefermann, Berlin; Dr. Roestel, Berlin-Steglitz.

Der stellvertretende Gauleiter Görlitzer hat im Auftrage des Gauleiters, Reichsminister Dr. Goebbels, noch am Abend die Angehörigen der Getöteten und der Schwerverletzten aufgesucht und ihnen seine tiefe Anteilnahme ausgesprochen. Ferner hat Reichsminister Dr. Goebbels sämtlichen im Krankenhaus Bühl in Baden untergebrachten Verletzten seine besten Wünsche für baldige Genesung zum Ausdruck bringen und ihnen Blumen überreichen lassen.

*

Die Kunde von dem schweren Unglück, das die Fliegende Gauschule des Gaues Berlin auf ihrer Studienfahrt durch Südwestdeutschland im Schwarzwald betroffen hat, wird weit über die Grenzen Berlins hinaus tiefe und herzliche Anteilnahme hervorrufen. Zwei junge, lebensfreudige und tatenfrohe Nationalsozialisten sind jäh aus dem Leben gerissen worden, die mit ihren Berliner Kameraden voller Freude und Erwartungen in den Westen und Südwesten unseres Vaterlandes hinauszogen, nicht auf Vergnügungsfahrt, nicht um sich zu erholen, sondern um aus eigenem Erleben Land und Leute kennenzulernen, ihren Gesichtskreis zu erweitern und die gesammelten Erfahrungen der Partei und ihren Gliederungen wieder zugute kommen zu lassen. So sind auch sie gefallen im Dienst an der Bewegung, der sie bis zum letzten Atemzug die Treue gehalten haben. Unser Gedenken an sie verbindet sich mit der Hoffnung, daß die Verletzungen der vier als schwerverletzt gemeldeten Lehrgangsteilnehmer nicht lebensgefährlicher Art sind und recht bald eine Wendung zum Besseren eintreten möge.

Anschlag auf einen Eisenbahnzug in Palästina

Zahlreiche Fahrgäste getötet, viele verletzt – Die Attentäter noch unbekannt

Paris, 14. Oktober.

Havas meldet aus Jerusalem: Ein äußerst schwerer Anschlag wurde in den Abendstunden des Donnerstags in Palästina verübt. Unbekannte Attentäter sprengten einen Zug auf der Strecke Lydda—Rafelei in die Luft. Wie es heißt, sind zahlreiche Fahrgäste getötet und viele verletzt worden.

Verbitterung in Saudi-Arabien

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Oktober.

Der „Corriere della Sera" berichtet, daß Wahabiten-Abteilungen aus dem Reich Ibn Sauds die transjordanische Grenze überschritten und einen transjordanischen Grenzposten angegriffen hätten. Ein englisches Militärflugzeug, das zur Feststellung der Vorgänge entsandt wurde, sei abgeschossen worden.

Offenbar stehen diese Vorgänge in engem Zusammenhang mit der Unruhe der Araberwelt wegen der englischen Teilungspläne für Palästina. Es handelt sich dabei auch um alte Streitigkeiten, da Ibn Saud Ansprüche auf Gebiete erhebt, die England in die transjordanischen Grenzen einbezog. Vor allem um das vielumkämpfte Akaba, das nach dem palästinischen Teilungsplan an England abgetreten werden soll, ist als Ausgleich für Palästina-Gebiete, die an Transjordanien kommen, gedacht. Ibn Saud ist einer der schärfsten Gegner des englischen Palästina-Planes, der nach seiner Meinung eine ständige Bedrohung der Araberländer darstellen würde.

Litwinow-Finkelstein war in Paris

Paris, 14. Oktober.

Wie erst jetzt die amtliche Pressestelle der Internationalen Ausstellung mitteilt, weilte der Sowjetaußenkommissar Litwinow-Finkelstein in den letzten Tagen in Paris. Er besichtigte die Weltausstellung, insbesondere den Sowjetpavillon. Was er sonst noch in Paris getrieben hat, geht aus der Mitteilung nicht hervor, ist aber angesichts der politischen Weltlage unschwer zu erraten.

1250 Massenkundgebungen

Am heutigen Tage beginnt im Gau Sachsen ein großer Propagandafeldzug der NSDAP mit dem Leitwort „Ein Volk bricht Ketten". In 20 Kreisen unseres Heimatgaues finden bis zum Ende des Monats 1250 Massenversammlungen statt. Der Reichsstatthalter und Gauleiter, die sächsischen Staatsminister, Gauleiter aus dem Reich, Reichsamtsleiter, Reichsredner und andere bekannte Männer der Partei werden in diesen Versammlungen zu der Bevölkerung sprechen. Wie eine Welle wird diese Aktion vom Westen nach dem Osten unseres Gaues abrollen und am 29. Oktober den Kreis Dresden erreichen. Alle Ortsgruppen des Gaues veranstalten Kundgebungen; außerdem werden Betriebsversammlungen stattfinden, und Gauleiter Mutschmann wird diese Gelegenheit benutzen, um weitere sächsische Betriebe zu besichtigen und zu den Gefolgschaften zu sprechen.

Es gibt Volksgenossen, die den Sinn dieser Massenkundgebungen nicht einsehen. Sie sind der Ansicht, daß der nationalsozialistische Staat und das neue Reich so gefestigt sind, daß solche Propagandaaktionen überflüssig erscheinen; ein Wille bestimmt heute die Politik, und

ein politischer Wille beherrscht die Volksgemeinschaft — wozu also noch politische Kundgebungen? Eine solche Fragestellung verkennt das Wesen der nationalsozialistischen Staats- und Volksführung. Gerade weil nur ein Wille für die politische Schicksalsgestaltung maßgebend ist, muß das Volk mit den Voraussetzungen und den Notwendigkeiten vertraut sein, mit denen die politische Führung zu rechnen hat. Der Nationalsozialismus ist keine Diktatur, er unterscheidet sich grundsätzlich von der despotischen Gewaltherrschaft, die Stalin in Sowjetrußland ausübt. Der Nationalsozialismus, für den das Volk das Maß aller Dinge ist, braucht das Verständnis und die Mitarbeit aller Volksgenossen. Er will nicht abgestumpfte Untertanen, sondern politische Menschen heranbilden, die sich ein eigenes Urteil bilden können über die großen Fragen der Politik.

Die Führung des nationalsozialistischen Staates schwebt nicht in einem luftleeren politischen Raum. Sie kann und darf nicht vom Leben des Volkes getrennt sein, sie will vielmehr in engster Verbindung bleiben mit allen Kreisen der Volksgemeinschaft. Und der einzelne Volksgenosse wieder kann und darf sich nicht isolieren und nach dem Philisterwort „Laßt sie man regieren, ich will von Politik nichts wissen" den Kopf in den Sand stecken. Gerade heute ist eine dauernde Anteilnahme der Gemeinschaft an den großen Fragen der äußeren und inneren, der Wirtschafts- und Kulturpolitik dringend erforderlich. Das ist es ja, was dem nationalsozialistischen Deutschland die gewaltige innere Stärke gegeben und unüberwindbar erscheinende Hindernisse aus dem Wege geräumt hat: die geistige Geschlossenheit der Volksgemeinschaft, das Beseeltsein von einer großen politischen Idee.

Diese einheitliche politische Grundhaltung bedeutet nun aber keineswegs, daß Erfolge und Schwierigkeiten auf innen- und außenpolitischem Gebiet nicht auch im Volke erörtert werden. Allerdings hat sich die Art, in der eine solche Erörterung politischer Fragen geschieht, grundlegend gewandelt gegenüber dem Zustand in der Systemzeit. Die politische Führung ist aus der seichten Atmosphäre eines schwatzenden Parlaments herausgehoben worden. Nicht mehr 600 Abgeordnete, die alle etwas anderes wollen, bestimmen die Geschicke von Staat und Reich, sondern ein Mann, der das Vertrauen des gesamten deutschen Volkes besitzt. Seine großen politischen Entscheidungen sind der Zerredung in Parlamenten und politischen Klubs entzogen. Sie werden getroffen nach eingehenden Beratungen mit Fachleuten und Sachbearbeitern, mit Männern also, die mit dem jeweiligen Problem engstens vertraut sind und sich ein Urteil darüber anmaßen dürfen. Man überlege sich nur einmal, was aus den entscheidenden politischen Maßnahmen der letzten Jahre geworden wäre, wenn man sie vorher einem Parlament unterbreitet hätte, das sie begutachten und womöglich „verbessern" sollte!

Mit dieser Art Demokratie ist es in Deutschland vorbei, und niemand, der eine solche Art Volksherrschaft bewußt erlebt hat, wird ihr eine Träne nachweinen. Wohl aber will der Nationalsozialismus, daß möglichst jeder Volksgenosse die großen Linien der Politik versteht, daß er ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen sieht. Durch verständnisvolle Mitarbeit, durch Einordnung in die großen Notwendigkeiten und durch Zurückstellung eigennütziger Interessen kann jeder dazu bei-

SLUB
Wir führen Wissen.